

**Reformschub in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**, die einen Schwerpunkt im Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ bilden

## Nach Verwirrung soll die Pensionsreform in 100 Tagen stehen

**Bis Ostern** soll eine Expertenkommission die Details verhandeln. Erleichterungen sind für jetzt 60jährige geplant. Beim Abschlagssystem herrscht indes immer noch Verwirrung.

VON PETRA PERCHER

WIEN. Das schwarz-blaue Pensionsmodell soll Ende März, Anfang April stehen. An der ab Oktober geplanten schrittweisen Anhebung des Frühpensionsalters um 18 Monate innerhalb eines Jahres gebe es nichts zu rütteln, sagte Reform-Verhandler und VP-Minister Martin Bartenstein zur „Presse“. Eine Kommission, zu der Sozialpartner und Experten wie Bernd Marin, Bernhard Felderer und Helmut

Kramer eingeladen werden, soll die Details klären, über die derzeit noch Verwirrung herrscht.

So spricht etwa FP-Sozialsprecher Herbert Haupt von Erleichterungen für jene, die vor Oktober 1999 das gesetzliche Frühpensionsalter von 55 (für Frauen) bzw. 60 Jahren erreichen: Sie sollen noch nicht automatisch mehr als die bisher geltenden zehn Prozent Abschlag von der Pension zahlen müssen. Die Hinausschiebung des Eintrittsalters für die Frühpension um zunächst zwei Monate gelte allerdings auch schon für sie.

Zwischen dem im Endausbau um eineinhalb Jahre erhöhten Frühpensionsalter von 56,5 Jahren bei Frauen und 61,5 bei Männern und dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 60/65 liegen künftig nur mehr dreiein-

halb Jahre, in denen man vorzeitig in Rente gehen kann. Der Abschlag für das erste Jahr beträgt zwei Prozent, für zwei Jahre fünf Prozent, für drei Jahre neun Prozent. Der Abschlag für dreieinhalb Jahre müsse noch debattiert werden, heißt es aus FP-Verhandlerkreisen nach dem Ratsschlag an Journalisten: „Warten Sie doch einen Monat!“ Für jedes Jahr, das länger gearbeitet wird wird es künftig einen Zuschlag von vier Prozent geben.

Insgesamt soll die Reform bis 2003 den Bundeszuschuß zu den Pensionen um 15 Mrd. S senken. Die Verschärfung der Frühpension mit dem Bonus-Malus-System gehöre zu den Kernmaßnahmen, an denen es nichts zu rütteln gebe. Zu den Vorwürfen, die rasche Umsetzung sei eine Geldbeschaffungsaktion, meinte

Bartenstein: „Es ist schon richtig, daß die Maßnahmen ein wesentlicher Bestandteil des Konsolidierungspaketes sind.“

Die Pensionsreform-Kommission wird jedenfalls Einschleifregelungen berechnen. „Wir wollen die Reform nicht durchpeitschen, weil sie auch vor dem Verfassungsgerichtshof halten soll“, ergänzte Haupt. So stehe eindeutig fest, daß auch künftig Männer, die mit 60 schon 45 Jahre gearbeitet haben, auch ohne Strafabschläge in Pension gehen könnten. Ob es sich bei den 45 Jahren jedoch um echte Beitragsjahre handeln muß oder auch Versicherungsjahre gelten (etwa Bundesheer oder nachgekaufte Schulzeit) steht noch nicht fest. Diesen „billigen“ Nachkauf soll es übrigens künftig entweder überhaupt nicht

mehr geben, oder „er wird versicherungsmathematisch so teuer, daß es nicht mehr wie heute ein Geschenk ist.“

### Marin für mehr Bonus

Pensionsexperte Bernd Marin, bei dem bisher noch keine Einladung zur Reformkommission eingetroffen ist, würde daran teilnehmen, „wenn sie überparteilich ist und seriöse Leute anstatt Idealisten dabei sind“. Zur bisher bekanntgewordenen Reform meint Marin: „Das Einsparvolumen ist realistisch.“ Die Budgetwirksamkeit sei momentan zwar wichtig, dürfe aber nicht im Vordergrund stehen. Er sei immer wieder für behutsame Struktur-reformen eingetreten, um brutale Bremsmanöver zu verhindern.

Die Reform an sich könne für die Betroffenen noch gerecht

werden. Dazu müßte das Bonus-Malus-System aber versicherungsmathematisch – sprich: deutlich schärfer – berechnet werden. Das hieße Abschläge pro Frühpensionsjahr von fünf bis sechs Prozent, Zuschläge für längeres Arbeiten von jährlich sieben bis acht Prozent. „Es muß sich auszahlen. Und zum politischen Krach kommt es sowieso.“

Zur Sanierung des Arbeitsmarktes für Ältere schlägt Marin eine Umverteilung der derzeit von der Allgemeinheit getragenen Frühpensionskosten von 76 Mrd. S vor. Dabei sollten etwa ganze Branchen durch höhere Sozialbeiträge zur Kasse gebeten werden, wenn sie weniger Ältere beschäftigen als der Durchschnitt. „Dann würde sich die Unkultur aufhören.“